

## - ☐☐ **"Wir sind Helden" gegen Springer-Hetzblatt**

Mit deutlichen Worten haben ["Wir sind Helden"](#) dem Versuch der Vereinnahmung der Gruppe für eine Werbekampagne für die Bild-Zeitung eine Absage erteilt. Die Werbeagentur Jung von Matt/Alster Werbeagentur GmbH hatte im Namen dieser sogenannten "Zeitung" eine Anfrage gestellt. Darin ging es um eine Werbekampagne, in der Prominente unter anderem in TV- und Kino-Spots eine angeblich "offene" und "ehrliche" Meinung zu dem Hetzblatt vertreten dürften.

Als Gegenleistung und Ersatz für ein Honorar kauft die Kamagne den Prominenten für teures Geld ein nobles Image. Im Namen jedes Prominenten würden laut Angaben der Werbeagentur 10.000 Euro an einen von diesem selbst bestimmten Zweck von dem Blatt gespendet. Die Kampagne rühmt sich ihrer bereits gewonnenen/gekauften Prominenten wie Veronica Ferres, Thomas Gottschalk, Philipp Lahm, Richard von Weizsäcker oder Mario Barth.

Die Gruppe "Wir sind Helden" distanzierte sich jedoch in aller Deutlichkeit von dem Versuch der Vereinnahmung durch das Hetzblatt. "Ich glaub, es hackt", antwortete Sängerin Judith Holofernes der Werbeagentur in einem Schreiben, das die

Gruppe auf ihrer Website veröffentlichte. Die BILD-Zeitung sei kein augenzwinkernd zu betrachtendes Trash-Kulturgut und kein harmloses "Guilty Pleasure" für wohlfrisierte Aufstreber, heißt es in dem Schreiben.

"Und schon gar nicht ist die Bild-Zeitung das, als was ihr sie verkaufen wollt: Hassgeliebtes, aber weitestgehend harmloses Inventar eines eigentlich viel schlaueren Deutschlands. Die Bildzeitung ist ein gefährliches politisches Instrument — nicht nur ein stark vergrößerndes Fernrohr in den Abgrund, sondern ein bösartiges Wesen, das Deutschland nicht beschreibt, sondern macht. Mit einer Agenda."

## - ☐☐ **Nordamerikanischer Grundeinkommenskongress**

Vom 25. bis zum 27. Februar 2011 findet in New

York die zehnte North America Basic Income Guarantee Conference statt. Dies teilt das Netzwerk Grundeinkommen mit. Unter dem Motto "Models for Social Transformation" organisieren das U.S. Basic Income Guarantee (USBIG) Network und Basic Income Canada die diesjährige Konferenz.

Zum Einen soll sie einen Überblick über die Grundeinkommensdebatten in den angelsächsischen Ländern bieten, und sich zum Anderen auch der Frage widmen, inwieweit der Alaska Permanent Fund über die Landesgrenzen hinaus ein Modell für andere Länder sein könnte. Hier gibt es das [Programm des Kongresses](#) .

Vom Netzwerk Grundeinkommen wird Dorothee Schulte-Basta wird vor Ort sein und die deutsche Grundeinkommens-Diskussion in einem [Kurzvortrag](#) erläutern. Darüber hinaus nimmt sie am Treffen des Executive Committee des Basic Income Earth

Network (BIEN) zur Vorbereitung des 14. BIEN-Kongresses in Deutschland teil.

## - **□ □ Hartz IV und Niedriglohnagenda**

Zu Beginn der Woche hatten etwa 50 Erwerbslose die Agentur für Arbeit in Esslingen besetzt. Es handelte sich um ehemalige Angestellten der Firmen Index und Traub, berichtet die Plattform "gegen-hartz.de". Die Demonstranten

wollten mit der halbstündigen Aktion gegen die Vermittlungspolitik der Behörde protestieren.

Der Arbeitsagentur wird vorgeworfen, vordergründig "junge, gut qualifizierte Fachkräfte an Verleihfirmen in Billigjobs vermitteln zu wollen". Zu Beginn des Jahres waren 100 Menschen der Firmen Index und Traub entlassen und einer Transfergesellschaft überlassen worden. Diese habe den Zweck, Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen und sich um die Vermittlung der Personen zu kümmern.

Während sich das Jobcenter bislang aus

dieser Praxis herausgehalten habe, versuche es nun massiv die betroffenen Erwerbslosen in Zeitarbeitsfirmen zu den bekannt niedrigen Löhnen unterzubringen. So seien die Betroffenen regelrecht mit Stellenangeboten bombardiert worden. Die Diskussion um Fachkräftemangel bekomme eine ganz neue Bedeutung, wenn ausgebildeten Mechatronikern eine Stelle bei einer Dönerbude angeboten werde, hieß es aus Reihen der Demonstranten.

Zeitarbeitsfirmen hätten sich sogar telefonisch bei Erwerbslosen gemeldet, ohne dass deren Telefonnummern dort hätten bekannt sein dürfen. Die Gewerkschaft IG Metall Esslingen vermutet daher persönliche Verflechtungen zwischen Mitarbeitern der

Arbeitsagentur und den Verleihfirmen und fordert eine Untersuchung und ggf. personelle Konsequenzen.

- **□ □ Käuflicher Parteienstaat**

Die ersten anzeigepflichtigen  
Großspenden über 50.000 Euro in

diesem Jahr kommen von BMW. Sie gehen an Sozialdemokraten und die FDP. Dies berichtet Abgeordnetenwatch. Die Liberalen erhalten 65.129,35 Euro, die SPD bekommt 95.338,10 Euro. Angesichts der ungerunden Beträge handelt es sich wahrscheinlich um eine kostenlose Überlassung von BMW-Fahrzeugen. Die Bestätigung dessen durch den Bundestagspräsidenten stehe noch aus. Bereits im vergangenen Jahr hatte BMW den Parteien Fahrzeuge im Wert von fast einer halben Millionen Euro überlassen. Der Konzern sei damit 2010 der größte Parteispender gewesen.

## - **□ □ Hartz IV-Gesetz verabschiedet**

Das reformierte Hartz IV-Gesetz wurde am Freitag von Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Vor zwei Tagen war eine Kompromisslösung für eine

Reform des Gesetzes vom  
Vermittlungsausschuss von Bund  
und Ländern abgeseignet  
worden. Die Bevölkerung hatte in  
diesem  
Gesetzgebungsverfahren, wie in  
jedem anderen auch, kein  
Mitsprache- und  
Gestaltungsrecht.

Auch das Grundgesetz, sowie die  
diesem zugrunde liegenden  
Moralmaßstäbe fanden bei  
diesem Gesetz im Besonderen

keine Anwendung. Das Bundesverfassungsgericht hatte vor einem Jahr festgestellt, dass die Ermittlung der Höhe der Hartz IV-Regelsätze nicht verfassungsgemäß sei, und die Bundesregierung aufgefordert, innerhalb eines Jahres einen sowohl in Berechnung und Transparenz, sowie hinsichtlich der Menschenwürde verfassungsgemäßen Regelsatz vorzulegen.

Keiner dieser Aufforderungen ist die Bundesregierung jedoch nachgekommen. Vielmehr war die Berechnung der Höhe der Hartz IV-Leistungen primär von haushaltspolitischen Überlegungen geprägt. Kritiker unterstellen darüber hinaus eine ökonomische und machtpolitische Agenda. Inzwischen sei hinlänglich bekannt, dass seit der Einführung von Hartz IV Armut, Niedriglöhne, Zeitarbeit und eine regelrechte Armutsindustrie in einem bis dato nicht gekannten Ausmaß

Geschrieben von: Baraka

Freitag, den 25. Februar 2011 um 20:00 Uhr

---

zugenommen hätten.

-   **Hartz IV: Diktatur in  
Aktion**

# - ☐☐ **Normenkontrollklage gegen Hartz IV-Gesetz**

Die stellvertretende  
Vorsitzende der Linken, Katja  
Kipping, fordert die  
Abgeordneten von Grünen  
und SPD auf, gemeinsam mit  
der Bundestagsfraktion ihrer  
Partei eine  
Normenkontrollklage gegen

den Hartz-IV-Kompromiss einzureichen. Sie erklärt: "Der Hartz-IV-Kompromiss ist verfassungswidrig. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts wurden offen missachtet. In den Verhandlungen wurde geschachert und gefälscht, bis das gewünschte Ergebnis herauskam.

Es muss jetzt darum gehen, dieses Schandgesetz schnell wieder dorthin zu bringen, wo es hingehört. Das Bundesverfassungsgericht muss entscheiden, ob die neuen Regelsätze verfassungskonform sind. Nach unserer Überzeugung sind sie es nicht, weil dieselbe Zahlengrundlage und die alten Tricks angewendet wurden. Diese Entscheidung sollte nicht wieder fünf Jahre

# in Anspruch nehmen.

Deshalb wäre eine Normenkontrollklage der beste und schnellste Weg. Dafür brauchen wir ein Viertel der Abgeordneten. Wir wollen diesen Weg gehen. Ich rufe alle Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen auf, gemeinsam mit uns eine solche Normenkontrollklage

einzureichen. Nach dieser unwürdigen Hinterzimmerkungelei sollte nun das Verfassungsgericht das Wort haben."

# - □ □ Sozialdemokratie: Unterwürfig und spalterisch

"Die Neuregelung des  
Hartz-IV-Regelsatzes  
verweigert fast acht  
Millionen Menschen  
weiterhin das im  
Grundgesetz

festgeschriebene Recht  
auf ein  
menschenwürdiges  
Existenzminimum", so  
Klaus Ernst, Vorsitzender  
der Partei Die Linke  
anlässlich der neuen  
Hartz-IV-Regelung. Die  
Regelsätze seien wie  
schon 2005 bei der  
Einführung von Hartz IV  
durch Rot-Grün

systematisch  
kleingerechnet worden

.

"Es gibt keinen  
gesetzlichen Mindestlohn  
und kein gleiches Geld für  
gleiche Arbeit in der  
Leiharbeit. Die SPD hat  
sich der schwarz-gelben

Regierung unterworfen  
und fast nichts erreicht im  
Vermittlungsausschuss.  
Es ist ein Schlag ins  
Gesicht sowohl der  
Erwerbslosen als auch  
der Erwerbstätigen, dass  
die SPD diesem faulen  
Kompromiss zustimmt.  
Die SPD befördert damit  
bewusst die weitere  
Spaltung unserer

Geschrieben von: Baraka

Freitag, den 25. Februar 2011 um 20:00 Uhr

---

Gesellschaft. Das ist eine  
Schande."

# - □ □ Gutachten des Bundestages in Guttenberg-Dissertati on

Laut Ältestenrat des  
Bundestages habe  
Verteidigungsminister

Karl-Theodor etc. pp.  
zu Guttenberg für  
seine teilweise  
plagiierte Dissertation  
ohne Genehmigung  
mehrere Gutachten des  
Bundestages  
verwendet.

Bundestagspräsident  
Lammert sprach am  
Donnerstag von

mindestens sechs  
Gutachten, deren  
Übernahme in der  
Doktorarbeit  
"deprimierend klar" sei.  
Den Regularien des  
Parlamentes zufolge ist  
eine Genehmigung der  
Bundestagsverwaltung  
zur Veröffentlichung  
notwendig.

Zudem habe zu  
Guttenberg nicht alle  
der verwendeten  
Textauszüge in seiner  
Dissertation als  
übernommene Zitate  
kenntlich gemacht. Am  
Mittwoch hatte der  
Verteidigungsminister

noch vor dem  
Bundestag erklärt, dass  
"vier Ausarbeitungen"  
der Wissenschaftlichen  
Dienste des  
Bundestages "als  
Primärquelle in die  
Arbeit eingeflossen"  
seien. Diese habe er  
auch ausdrücklich und  
transparent als Quellen

genannt.

Lammert zufolge habe  
er allerdings nach  
ersten Prüfungen  
mindestens sechs  
Gutachten des  
Bundestages  
verwendet. Aus zweien

dieser Texte habe er  
sehr ausgiebig kopiert.  
Eben diese Texte hatte  
er nicht als Zitat  
gekennzeichnet und als  
Quelle genannt. Der  
Ältestenrat des  
Bundestags will erst  
Mitte März darüber  
beraten, ob eine  
Überprüfung der

Doktorarbeit des  
Ministers eingeleitet  
wird. Dafür hatte die  
schwarz-gelbe Koalition  
mit ihrer  
Stimmenmehrheit im  
Parlament gesorgt.

- □ □ **Zweite**  
**Guttenberg-Arbeit**  
**unter Verdacht**

Eine zweite  
Veröffentlichung von  
Karl-Theodor etc. pp.  
zu Guttenberg steht  
unter  
Plagiatsverdacht.  
Betroffen ist ein für  
die CSU-nahe

Hanns-Seidel-Stiftung  
verfasster Aufsatz zur  
Beziehung zwischen  
der Türkei und der  
EU aus dem Jahre  
2004, berichtet  
Spiegel Online. Der  
29 Seiten  
umfassende Aufsatz  
wird von

Internetaktivisten auf  
der Plattform  
GuttenPlag  
untersucht.

Auch dieser Text  
solle zahlreiche aus  
anderen nicht

namentlich  
genannten Quellen  
enthalten. Mehrere  
Absätze stammten  
etwa aus einem  
Strategiepapier der  
Europäischen  
Kommission. Zudem  
seien in seine  
Türkei-Analyse auch

Ideen aus einem  
Diskussionspapier  
dreier  
Bundestagsabgeordn  
eter der Union als  
Quelle eingeflossen,  
ohne diese als solche  
auszuweisen.

Die übernommenen  
Textauszüge sollen  
nur minimal  
überarbeitet sein,  
wobei offenbar der  
Eindruck erweckt  
werden sollte, dass  
es sich dabei um eine  
Zusammenfassung  
einer längeren

Argumentation  
handele. Tatsächlich  
aber habe zu  
Guttenberg an den  
betroffenen Stellen  
den übernommenen  
Text nahezu  
wortgleich  
abgeschrieben und  
diesen lediglich durch

die Setzung von  
Anführungszeichen  
um Scheinzitate  
ergänzt, sowie die  
darin vorhandenen  
Verben durch deren  
Konjunktive ersetzt.

Dementsprechend  
wiegelte Guttenbergs  
Abgeordnetenbüro  
die Vorwürfe ab: Es  
handele sich bei dem  
Aufsatz nicht um eine  
wissenschaftliche  
Arbeit, sondern "um  
einen redaktionellen  
Text". Bei den

auffälligen Textstellen handele es sich "um Fundstellen aus frei verfügbaren Texten der Europäischen Kommission bzw. des Rates", bei denen davon auszugehen sei, dass diese nicht dem Urheberrecht

unterlägen. Allein  
deswegen könne es  
sich nicht um ein  
Plagiat handeln.

# - □□ Proteste in den USA

Die Massenproteste  
in Wisconsin weiten  
sich auf weitere  
Bundesstaaten aus.

Auch in Ohio und  
Indiana wird nun  
gegen die  
Sparpolitik  
republikanischer  
Gouverneure  
demonstriert. Mobil  
gemacht haben die  
Gewerkschaften

des Öffentlichen  
Dienstes, der  
besonders betroffen  
ist. Neben  
Sozialkürzungen  
richten sich die  
Proteste besonders  
auch gegen die  
Beschneidung von

# Gewerkschaftsrecht en.

Seit Ende 2010  
versuchen die in  
mehreren  
Bundesstaaten in  
die Regierungen

eingezogenen  
Republikaner  
gewerkschaftsfeindli  
che Gesetze zu  
verabschieden. So  
soll etwa das  
Tarifverhandlungsre  
cht abgeschafft  
werden. Gespart

werden soll in den  
Bereichen Renten,  
Gesundheit,  
Pensionsansprüche  
und Gehälter.

In Madison, der  
Hauptstadt des

Bundesstaates  
Wisconsin waren  
die Proteste am  
vergangenen  
Wochenende auf  
80.000 Menschen  
angewachsen. Zu  
Beginn der Woche  
kam es auch in

Ohio und Indiana zu  
Gewerkschaftsprote  
sten gegen ähnliche  
Gesetzesvorhaben.  
In Columbus, Ohio,  
versammelten sich  
20.000 Menschen  
zu einer  
Kundgebung.

Dass es sich bei der  
Beschneidung von  
Gewerkschaftsrecht  
en um eine  
konzertierte Aktion  
der Republikaner  
handelt, bestätigt

ein Telefonat  
zwischen einem  
Blogger, der sich als  
ein bekannter  
Milliardär  
ausgegeben hatte  
und dem  
Gouverneur von  
Wisconsin. Dies sei

am Mittwoch  
enthüllt worden, als  
bei dem Gespräch  
der Gouverneur  
Scott Walker  
Aussagen tätigte,  
die auf einen  
gezielten Angriff auf  
die Gewerkschaften

schließen ließen.  
Zudem soll auch der  
Einsatz von  
Provokateuren bei  
Demonstrationen  
erwogen worden  
sein.

Für viele  
Gewerkschaften  
gehe es dabei auch  
ums Überleben,  
heißt es. In der  
Privatwirtschaft sei  
die Zahl der  
Mitglieder seit  
Jahren rückläufig.

Einzig die  
Gewerkschaften im  
öffentlichen Sektor  
haben eine relativ  
hohe Mitgliedsrate.  
Dies spiegelt sich  
auch in den  
Tarifverträgen  
wieder: So stünden

Beamte im  
Vergleich zu den  
Arbeitsbedingungen  
im Privatsektor  
weitaus besser dar.

Eine dadurch  
verursachte

Belastung der  
Allgemeinheit sowie  
darüber hinaus  
auch die Defizite  
der öffentlichen  
Haushalte ist für die  
nun protestierenden  
Gewerkschaften  
jedoch nur ein

Vorwand. Vielmehr  
gehe es dem  
Gouverneur von  
Wisconsin und den  
hinter ihm  
stehenden  
Finanzkreisen  
darum, die  
gewerkschaftliche

# Macht im Kern zu zerschlagen.

Die geplanten  
Einschnitte, die zu  
den Protesten  
führten, begründen  
die Republikaner

mit den gewaltigen  
Haushaltslöchern  
der Bundesstaaten.  
In Ohio beträgt es  
beispielsweise acht  
Milliarden Dollar.  
Noch größer sei das  
Defizit in  
Kalifornien, Illinois

oder New Jersey.  
Die schlechte  
Haushaltslage ist  
nach Ansicht der  
Demonstranten  
aber nicht aufgrund  
der Privilegien des  
öffentlichen  
Dienstes, sondern

vielmehr durch die  
Wall Street  
verursacht worden.

Während der Staat  
die dortigen Täter  
mit  
Milliardensummen

gerettet hat,  
müssten die Opfer,  
"der kleine Mann",  
dafür nun die Zeche  
zahlen. Während  
konservative,  
republikanische  
Kreise auch  
weiterhin dieselben

neoliberalen  
Rezepte des  
weniger Staat und  
Steuern  
durchzusetzen  
versuche, die auch  
zu der  
gegenwärtigen  
Krise geführt hätten,

fühlen sich die in  
der Regel eher dem  
linken,  
demokratischen  
Spektrum  
zugehörigen  
Gewerkschafter  
ungerecht  
behandelt.

Geschrieben von: Baraka

Freitag, den 25. Februar 2011 um 20:00 Uhr

---

{jcomments on}